

Zu diesem Heft

Das strukturelle Demokratiedefizit der EU ist schwer zu überwinden. Zum einen, weil die EU aus einer reinen Wirtschaftsunion entstanden ist, zum anderen, weil die Demokratie in großen Einheiten immer schwerer umzusetzen ist. Dass die Forderungen der Organisation »Mehr Demokratie« nach Volksbegehren aber auch in kleineren Einheiten nicht unbedingt zu mehr Demokratie führen, weisen unsere Autoren Armin Schäfer und Harald Schoen in ihrem Beitrag nach. Es zeigt sich nämlich, dass die Wahlbeteiligung nachlässt, insbesondere wenn die Beteiligungsverfahren aufwändige und komplizierte Formen annehmen. Ist der Grad der politischen Beteiligung also beispielsweise von bestimmten Ausdrucksfähigkeiten abhängig? Sollten unsere Schulen Rhetorikunterricht zur Stärkung der Demokratie einführen? Verkehrt wäre das sicher nicht, denn nicht jede Bürgerin und jeder Bürger ist in gleicher Weise mündig, auch wenn manche das gerne übersehen, die sich als Kämpfer gegen die Vormundschaft des Staates gerieren.

Als mündig wird man jedenfalls die Intellektuellen bezeichnen dürfen, die seit jeher als Vertreter der Unmündigen und Formulierungsschwachen aufgetreten sind, darunter Voltaire, Zola oder Frantz Fanon. Zwar sollte man die Intellektuellen nicht idealisieren, aber ob die Fernseh-Intellektuellen von heute noch etwas mit diesen Vorbildern zu tun haben, ist die Frage, die Jan Suntrup stellt.

Das Schlagwort der Mündigkeit hat Konjunktur, auch in Bereichen, in denen es eigentlich nichts zu suchen hat. Denn wie mündig kann etwa ein medizinischer Laie gegenüber seinem Arzt sein? Trägt also der professionelle Entscheidungsunterricht, der als medizinische Beratung angeboten wird, tatsächlich dazu bei, den Klienten tiefere medizinische Einsichten zu liefern? In der Regel dient er doch wohl eher der Vereinnahmung der Patienten, wie Silja Samerski in ihrem Beitrag zu diesem Heft meint.

Oder wie steht es um die Mündigkeit der Bürger in der Geldpolitik? Warum kann man nicht das Volk befragen, wie viel Zinsen Griechenland für seine Staatsanleihen zahlen soll? Diese Fragen entziehen sich zwar – wie so viele andere Fragen – der direkten demokratischen Abstimmung, allerdings nicht der Politik. So haben Belgien oder Japan zwar hohe Staatsschulden, aber da die Staatsanleihen direkt und im eigenen Lande vermarktet werden, sind die Zinsen niedrig: Die Bürger haben durchaus Vertrauen in das eigene Land. Staaten, die zum Verkauf ihrer Staatsanleihen Auktionen mit Investmentbanken veranstalten, müssen bekanntlich sogenannte »Marktpreise« bezahlen, die mal in Richtung zu viel Misstrauen und mal in Richtung zu viel Vertrauen übertreiben. Nach einem Zeitungsbericht wurden jetzt in Deutschland die Möglichkeiten der Direktvermarktung von öffentlichen Anleihen durch die Bundesfinanzagentur abgeschafft. Bot die Agentur bisher die kostenlose Depotverwaltung für Bundeswertpapiere auch für Privatanleger an, so müssen Interessenten sich jetzt auf die Kosten und Konditionen der privaten Banken einlassen, also auf Marktbedingungen, wenn sie ihr Geld in Kommunalobligationen oder Bundesschatzbriefen anlegen wollen. Vielleicht sollten Politiker, die behaupten,

ten, es gehe darum, das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen, ihren eigenen Bürgern mehr Vertrauen entgegenbringen.

Wenn wie in der Eurozone die Geldpolitik mit der Fiskalpolitik nicht abgestimmt ist, ergeben sich politische Spannungen und Unvereinbarkeiten, die nach allen bisherigen Erfahrungen zum Ende einer Währungsunion führen: Historisch hat es keine Währungsunion gegeben, die sich nicht über kurz oder lang entweder zu einem Staat zusammengeschlossen hätte oder wieder zerfallen wäre. Die Überwindung dieses Abstimmungsmangels durch ein Austeritätsregime, durch Schuldenbremsen und willkürlich festgelegte Haushaltsrichtlinien ist jedenfalls keine Lösung. Darauf weist Hubert Gabrisch in seinem Beitrag hin und plädiert daher dafür, dass der Euroraum auch zu einem politischen Raum wird, um die Spaltung in Gläubiger- und Schuldnerländer zu überwinden und die notwendige Koordination zwischen Geld- und Fiskalpolitik durch eine einzige Finanzbehörde zu erreichen.

John Steinbeck meinte einmal, der Sozialismus habe in Amerika niemals Wurzeln geschlagen, weil sich die Armen nicht als ausgebeutetes Proletariat sehen, sondern als Millionäre, die gerade etwas knapp bei Kasse sind. Der Kapitalismus lockt uns vorwärts wie der mechanische Hase auf der Rennbahn, dem die Windhunde nachhetzen; er beharrt darauf, dass das ökonomische Potential unendlich und Teilen daher irrelevant ist, so schrieb Ronald Wright in seiner »kurzen Geschichte des Fortschritts«. Passend dazu, wenn auch in einer nicht ganz logischen Umkehrung von Begriffen, erinnert Bill Bonner, der Herausgeber des US-amerikanischen Börsenbriefs »Daily Reckoning«, angesichts der Hypothekenblase daran, was und wie dabei doch geteilt wird: »Denkt immer daran, dass das gegenwärtige ökonomische System kein Kapitalismus ist, sondern eine Art Marxismus für reiche Leute, in dem die Elite die Profite macht, während die Verluste in der ganzen Bevölkerung umverteilt werden wie Maojacken oder Grippeviren. Das Genialische am gegenwärtigen System ist, dass es den Massen vorgaukelt, sie seien Kapitalisten, und dass es den Spekulanten und Schwindlern damit ermöglicht, ihnen ihre Risiken aufzubürden«.

Eliten konnten sich schon immer besser ausdrücken – oder sich die Kompetenz zu formulieren erkaufen, und hier schreibt jemand, der sich in seiner Lage oberhalb der Massen sicher fühlt. Das von ihm beschriebene »gegenwärtige System« ist durchaus etwas Neues, denn die beiden von einer starken Mittelschicht geprägten Gesellschaften der USA und Deutschlands waren in der Nachkriegszeit relativ egalitär. Kaum jemand hätte erwartet, dass die Eliten sich wieder so stark abzugrenzen vermögen von den übrigen Schichten, vieles deutet auf erneute Klassenbildung hin. Sighard Neckel spricht in diesem Heft sogar von Refeudalisierung, einem regelrechten Bruch mit der modernen Sozialordnung durch den Finanzmarktkapitalismus, der zur Zementierung sozialer Ungleichheit geführt habe, was er an vier Entwicklungen festmacht: Verfestigung wirtschaftlicher Macht im Finanzmarktkapitalismus, ständische Verfestigung sozialer Ungleichheit, Wandel ihrer Rechtfertigung in Bezug auf das Leistungsprinzip sowie Privatisierung von Sozialpolitik durch Spenden und Stiftungen.

Nationale Eliten, so sehr sie sich nach unten absichern mögen, haben doch ihre eigenen Sorgen in einer Welt, in der die Staatsgrenzen nicht mehr halten, wofür sie einst errichtet waren: Sie müssen sich gegen die Konkurrenz anderer Eliten wehren,

die in ihr Terrain eindringen. Insbesondere muss sich die deutsche Wirtschaftselite gegen die angelsächsischen Finanzaristokratien wehren, die seit Jahrhunderten das Geschehen an den Weltbörsen bestimmen und seit der Ausrufung der Globalisierung durch Bill Clinton und den Deregulierungsanstrengungen der EU auch in Kontinentaleuropa frei investieren können. Als Reaktion auf diese politische Öffnung der Märkte für Kapital haben deutsche Konzerne sich im Gegenzug an der New Yorker Börse listen lassen und begonnen, sich nolens volens vom rheinischen Kapitalismus des Hausbankensystems zu verabschieden. Beide Prozesse führten dazu, dass das Shareholder-Value-System auch in Deutschland Mode geworden ist. Die deutschen Wirtschaftseliten mussten sich umstellen und neue Kompetenzen erwerben. Dabei haben sie jedoch, und das ist das überraschende Ergebnis aus den Untersuchungen unserer Autorin Saskia Freye, ihre Kompetenzen, die zuvor hauptsächlich in ihrer industriell-fachlichen Kenntnis bestanden, nicht einfach aufgegeben zugunsten eines rein finanzwirtschaftlichen Denkens nach angelsächsischem Vorbild. Vielmehr sind die Vorstände deutscher Konzerne weiterhin mehrheitlich von Ingenieuren und Technikern besetzt, die sich nun jedoch auch noch finanztechnische Kenntnisse angeeignet haben. Zugleich ging freilich etwas verloren, was für die Deutschland AG wichtig war: Im Zuge des Liberalisierungsprozesses lockerte sich in Deutschland der gesellschaftliche Konsens hinsichtlich des sozialen Zusammenhalts. Mit der Distanzierung der Unternehmerschaft von gesellschaftlicher Verantwortung veränderte sich auch die Art und Weise, wie Konflikte politisch und gesellschaftlich ausgetragen werden. Nicht zufällig haben in diesem Prozess die Juristen, die für eine intime Verbindung zum Staat und zu den gesellschaftlichen Sozialnormen sorgten, einen Bedeutungsverlust erlitten.

Wie es Eliten geht, die sich zu stark auf ausländische Vorbilder beziehen, diese nur kopieren und übernehmen, ohne sie an die Bedingungen der eigenen Situation anzupassen, zeigt das Beispiel Japan: In einem Land, das von Erdbeben gefährdet ist, lassen sich Atomkraftwerke nicht sicher betreiben. Doch die Vorstellung, dass es nun keine Klassen mehr gebe und alle Japaner gleiche Mitglieder einer Risikogesellschaft sind, wie sie Ulrich Beck einst beschrieben hatte, ist nicht haltbar. An den Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima zeigt Carmen Schmidt in ihrem Aufsatz, dass auch in der Risikogesellschaft die Schadensverteilung nach Klassen erfolgt: Die Reichen können sich die teureren, unbelasteten Lebensmittel kaufen und damit die Folgen für sich eher eindämmen als die Armen.

Reinhard Blomert